

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

In christlicher Verantwortung
für Frieden und Sozialismus



121

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in
Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

In christlicher Verantwortung
für Frieden und Sozialismus

1964

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in
Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Das vorliegende Heft enthält das Referat des Generalsekretärs der CDU, Gerald Götting, auf der Tagung mit Theologen, die vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und vom Präsidium des Hauptvorstandes der CDU am 21. September 1964 in Burgscheidungen veranstaltet wurde.

Referat Götting in Burgscheidungen am 21. September 1964

Als wir vor 15 Jahren unsere Deutsche Demokratische Republik gründeten, wurde das Schicksal unseres ganzen Volkes in neue Bahnen gelenkt. Jahrzehnte hindurch waren Bankherren und Rüstungskapitalisten, Großgrundbesitzer und Generale Herr über die Geschicke unserer Nation gewesen. Vor wenigen Wochen erst gaben uns die Tage, in denen vor 50 Jahren der erste Weltkrieg und vor 25 Jahren der zweite Weltkrieg begonnen wurde, Anlaß, darüber nachzudenken, welch namenloses Unglück die Vertreter des deutschen Imperialismus über unser Volk und über die anderen Völker Europas gebracht haben.

Nach den bitteren Erfahrungen, die unser Volk in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts sammeln mußte, konnte es nach der katastrophalen Niederlage des Hitlerstaates im Jahre 1945 für jeden guten Deutschen nur eine Schlußfolgerung aus der Vergangenheit geben: ein für allemal mit der Herrschaft des Imperialismus Schluß zu machen. Die Schlußfolgerung traf sich mit der Forderung aller Völker in der Welt nach der endgültigen Überwindung des Faschismus und nach einer Welt des Friedens. Viele Menschen unseres Volkes waren sich damals einig in der Bereitschaft, in geeinter Kraft aus den Trümmern, die der faschistische Eroberungskrieg uns hinterlassen hatte, ein neues Deutschland aufzubauen, das seine Stärke und seine Geltung in der Welt nicht mehr aus Kriegsvorbereitungen und Kriegsabenteuern gewinnen, sondern allein auf die Früchte der ehrlichen und fleißigen Arbeit seiner friedlichen Bewohner gründen sollte. Die geschichtliche Gerechtigkeit gebietet es zu sagen, daß es damals die deutsche Arbeiterklasse gewesen ist, die durch ihre Partei unserem ganzen Volke den Weg zu einem solchen neuen Vaterland gewiesen hat. Wer sonst hätte das auch tun können, wenn nicht sie? Sie hatte das historische Recht und die moralische Legitimation zu dieser wegweisenden Rolle, weil sie im Verein mit der Sowjetunion die Hauptlast im Kampf gegen die imperialistischen Feinde unseres Volkes, gegen die faschistischen Unterdrücker unserer Nation und der anderen Nationen Europas getragen hatte. Unablässig hatte sie sich bereits in den Jahren vor der Er-

richtung der faschistischen Diktatur um die Einheit aller Hitlergegner bemüht; unermüdlich hatte sie dann in den Jahren der faschistischen Terrorherrschaft den opfervollen Kampf gegen die Widersacher unserer Nation geführt und dabei alle wahrhaft nationalbewußten Kräfte um sich geschart. Diese ihre geschichtlichen Verdienste für die Nation wurden damals weithin anerkannt. Ernst Wiechert, der christliche Dichter und Widerstandskämpfer, der im Zuchthaus und im Konzentrationslager zur Gemeinsamkeit mit seinen marxistischen Weggefährten und Leidensgenossen gefunden hatte, kleidete in seiner „Rede an die deutsche Jugend“, die er nach der Befreiung unseres Landes vor Münchener Studenten hielt, diese verpflichtende Erkenntnis in die Worte: „Vieler Jahrzehnte Lasten, Trauer und Qualen hat der deutsche Arbeiter getragen, Kriegs- und Friedenslasten, aber niemals hat er eine schwerere Last getragen als in diesen 12 Jahren. Niemals auch eine ehrenvollere, und keine Hand einer dunklen oder hellen Zukunft soll diesen unvergänglichen Glanz von seiner Stirne wischen.“

In gleichem Maße wie unser eigenes Volk waren damals auch die anderen Völker, die der deutsche Imperialismus überfallen und geknechtet hatte, von dem festen Willen erfüllt, für eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse in Deutschland Sorge zu tragen. „Der deutsche Militarismus und Nazismus werde ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen könne.“

So hieß es damals im Potsdamer Abkommen, in jenem historischen Dokument, dessen Buchstabe und dessen Geist die Entschlossenheit der Völker ausdrückten, mit dem deutschen Imperialismus, mit der von seiner abenteuerlichen Macht- und Raubpolitik ausgehenden Kriegsgefahr ein für allemal Schluß zu machen.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor 15 Jahren gewannen die Sehnsucht und das Streben aller friedliebenden Deutschen nach einem Deutschland des Friedens und des Humanismus staatliche Gewalt. Der Weg, den wir in und mit diesem unserem Staat seitdem zurückgelegt haben, war gewiß nicht leicht. Wer etwas Neues gestalten will, hat es schwer, weil er vor vielen Problemen steht, für die es keine fertigen Lösungen gibt. Aber das, was wir erreicht haben, macht uns froh und stolz. In den Thesen des Zentralkomitees der SED zum 15. Jahrestag der DDR heißt es

u. a.: „Freudig und stolz überblicken die Bürger unseres Staates den komplizierten, in ehrenvoller Arbeit und mit Erfolg zurückgelegten Weg und schauen mit Zuversicht der Zukunft entgegen. Die Freude des friedlichen Schaffens, die reichen Früchte ihrer Arbeit und die sichere Perspektive des Sieges erfüllen die Bürger mit neuen Energien für das Heute und Morgen unseres sozialistischen Lebens.“

Es ist in sich schon eines der wesentlichsten Kennzeichen des Neuen, das in der DDR gewachsen ist, wenn wir feststellen können, daß wir diese Aussage unserer marxistischen Freunde nicht nur verstehen, daß wir selbst an der Gestaltung des Neuen gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften mitgewirkt haben. Ist nicht auch unsere heutige Zusammenkunft auf Einladung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und des Präsidiums des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, auf der wir Rückschau auf die vergangenen 15 Jahre halten und nach den Aufgaben fragen wollen, die vor uns stehen, ein Beweis dafür!

Die allermeisten unter uns haben sich nicht erst vor zwei oder drei Jahren an die Seite derer gestellt, denen es um die Erhaltung des Friedens geht. Sie gehören vielmehr zu denjenigen, die seit vielen Jahren bewußt mitgeholfen haben, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu festigen, weil Sie erkannten, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört. In einer Zeit, in der gerade im kirchlichen Raum wenig Verständnis gegenüber dem mit unserem Staat sich entwickelnden Neuen in Deutschland herrschte, haben Sie sich mutig zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften, zur Arbeiter- und Bauern-Macht bekannt. Ich möchte diese Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für Ihren mutigen Kampf nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen meiner Partei, im Namen der großen Volksbewegung der Nationalen Front, im Namen der demokratischen Öffentlichkeit unseres Staates von Herzen Dank zu sagen. Wir werden Ihr unermüdliches Wirken nie vergessen.

Aber es war noch zu allen Zeiten eine falsche Haltung, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Die Geschichte steht niemals still. Die Entwicklung schreitet voran. Nur wer mit ihr Schritt hält, kann die Gegenwart mitgestalten und die Zukunft mitbestimmen. Verdienste in der Vergangenheit sind dafür keine Garantie.

Wir sind hier als christliche Bürger unseres Staates zusammengekommen. Lassen Sie uns in dieser Stunde mit Stolz

und Freude an die beglückenden Erfahrungen denken, die wir als Christen im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat machen konnten. Lassen Sie uns die Frage untersuchen, welche neue Dimension für unser christliches Zeugnis, für unseren christlichen Dienst uns der sozialistische Staat eröffnet hat. Lassen Sie uns deutlich machen, wie die Wende in der Geschichte unseres Volkes, die mit der Gründung der DDR begann, auch uns geholfen hat, unsere Vergangenheit zu bewältigen und eine neue Freiheit für unsere christliche Existenz zu gewinnen.

I.

Die Gründung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte konnte nicht ohne Einfluß auf den Weg der Christenheit beider Konfessionen bleiben. Für die Vertreter einer kirchlichen Tradition, die seit Jahrhunderten ein konservatives Element in der deutschen Geschichte dargestellt hatte, bedeutet die Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden einen zunächst nicht leicht zu begreifenden Tatbestand. Für diejenigen Kräfte innerhalb der Christenheit jedoch, die die vom Evangelium ausgehenden sozialen Impulse ernst nehmen wollten, eröffnete dieser deutsche Staat die Möglichkeit, sich von der konservativen Bindung frei zu machen und zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuorientierung zu kommen.

Es war kein Zufall, daß nach 1945 allenthalben der Ruf nach einer solchen Neuorientierung laut wurde. Sie erschien um so dringlicher und unaufschiebbarer, als die materiellen und geistigen Trümmer, die der Faschismus hinterließ, jedem klardenkenden Christen sichtbar machten, wohin eine reaktionäre politische Orientierung das deutsche Volk geführt hatte. Im Stuttgarter Schuldbekennnis bekannten namhafte protestantische Kirchenmänner die Mitschuld der Kirche am Irrweg unserer Nation und die sich daraus ergebende Verpflichtung zu einem Neuanfang. Die Katholische Kirche hatte auf der Fuldaer Bischofskonferenz in ähnlicher Weise Stellung genommen. Was ist aus diesen guten Worten geworden? Eine Beantwortung dieser Frage scheint gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu dem die Nachkriegsepoche zu Ende geht und neue Fragestellungen auf uns zukommen, wichtig und interessant zu sein. Ein Blick auf die Entwicklung, die mit diesen Worten von Stuttgart und Fulda begann, kann uns deutlich machen, wo wir als Christen in unserem Vaterland heute stehen und welche Aufgaben vor uns liegen.

Um es vorwegzunehmen: Die Worte von Stuttgart und Fulda hatten weit über die Kirchenmauern hinaus eine positive Resonanz gefunden. Sie wurden zu einem starken Impuls für diejenigen christlichen Gruppen, denen es um eine gesellschaftliche Neuorientierung ging und geht. In den Kirchenleitungen in Westdeutschland wurden sie allzu schnell vergessen. Denn dort gewannen sehr bald die restaurativen Kräfte die Oberhand. Ihnen ging es um die Wiederherstellung des Alten und nicht um eine gesellschaftliche Neuorientierung. Im Jahre 1946 ließ der Theologieprofessor Hermann Diem, einer der Männer der Bekennenden Kirche, eine Schrift unter dem bezeichnenden Titel „Restauration oder Neuanfang in der evangelischen Kirche?“ erscheinen. Im Vorwort dazu mußte Hermann Diem schon damals resigniert schreiben: „Nicht mehr zutreffend könnte höchstens die noch offene Frage im Titel der Schrift sein, da man sich weithin für die Restauration schon entschieden zu haben scheint.“

Das Stuttgarter Schuldbekennnis konnte diese Entwicklung nicht hindern, da ihm ein entscheidender Mangel anhaftete: In ihm war nicht einmal in Ansätzen der Versuch gemacht worden, nach den Ursachen für den Irrweg von Kirche und Nation zu fragen. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Bekenntnis, „nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt“ zu haben, so allgemein sei, daß das im Grunde jeder Christ in jeder Stunde seines Lebens von sich sagen müsse. Wer aber nicht nach den eigentlichen Ursachen und Hintergründen seines Versagens fragt, der ist vor seinen alten Fehlern nicht gefeit.

Im Sommer 1947 versuchte der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche, beunruhigt darüber, daß eine große Zahl politisch reaktionärer – durch die faschistische Vergangenheit belasteter – Kräfte ausgerechnet in der Kirche Unterschlupf suchte, die durch das Stuttgarter Schuldbekennnis unbeantwortet gelassene Frage nach der Ursache für die Fehlentwicklung Deutschlands aufzugreifen. In seinem „Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes“ wird festgestellt: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche‘ Front aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das

Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“ Hier wird die Frage nach der gesellschaftlichen Orientierung der Kirche gestellt und die Bindung der Kirche an die politische Restauration als die Ursache ihres Irrweges erkannt. Aber es schien bereits zu spät zu sein. Innerhalb der kirchlichen Institutionen wurde dieses Wort kaum mehr zur Kenntnis genommen. Es blieb lebendig unter den Gruppen, die einen Neuanfang versucht hatten. Und das bedeutet: Das Darmstädter Wort des Reichsbruderrates, das ein wichtiges Dokument für eine gesellschaftliche Neuorientierung der Christen in Deutschland darstellt, entfaltete eine ungleich tiefere Wirkung in der DDR als in Westdeutschland. Es wurde und wird von vielen Christen in unserem Staat als eine wegweisende Handreichung empfunden.

Die Entwicklung in der katholischen Kirche verlief ähnlich. Im ganzen schwenkte die katholische Kirche noch schneller auf den restaurativen Trend ein, da sich in ihr diejenigen Kreise, die sich dem widersetzen, im wesentlichen auf Laien beschränkten. Auf evangelischer Seite gehörten namhafte Kirchenmänner und Theologen wie Martin Niemöller und Hans Iwand, Herbert Mochalski und Heinrich Vogel zu denen, die damals schon warnend ihre Stimme erhoben.

Überblickt man die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart, dann muß man feststellen, daß in Westdeutschland bei den leitenden Kirchenkreisen alle Versuche, zu der 1945 als notwendig erkannten gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit zu kommen, bisher gescheitert sind. Die Kirchen haben sich dem politisch restaurativen Trend der westdeutschen Gesellschaft angepaßt. Sie haben das alte Bündnis Thron und Altar in Gestalt – wie Pfarrer Busch einmal sagte – von „Bonn und Altar“ wieder hergestellt.

In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen sind entscheidende Teile der christlichen Bevölkerung den Weg der gesellschaftlichen Neuorientierung gegangen. Der Grund für diese unterschiedliche Entwicklung liegt auf der Hand: In einer neuen Gesellschaft kann auch die Kirche sich konsequent gesellschaftlich neu orientieren. Dort, wo in einer Gesellschaft das Alte restauriert wird, ist auch für die Kirche die Verführung sehr groß, in die alten Bahnen einzuschwenken. In diesem Sinne ist es richtig, wenn wir sagen: Wir danken es der Arbeiterklasse, wenn wir als Christen in

der DDR den Ballast der Vergangenheit abwerfen, wenn wir zu neuen politischen Einsichten und auch geistlichen Erkenntnissen vorstoßen konnten.

Freilich haben wir dabei die Erfahrungen gemacht, daß diese Neuorientierung nur dort wirklich vollzogen wurde, wo sie nicht im Theoretischen steckenblieb, sondern wo sie in der praktischen Mitarbeit beim Neubau der Gesellschaft Gestalt gewann. Es scheint eine interessante Beziehung zu bestehen zwischen gesellschaftlicher Revolution und kirchlich-geistlicher Erneuerung. Nur dort, wo Christen bereit sind, sich verantwortlich mitgestaltend in die großen Wandlungsprozesse unserer Zeit hineinzustellen, werden ihnen neue Bereiche für ihr christliches Zeugnis und ihren christlichen Dienst eröffnet. Wir haben in diesem Jahr den 30. Jahrestag der Barmer Theologischen Erklärung und den 25. Jahrestag der Ermordung des Predigers von Buchenwald, Paul Schneider, begangen. Das Vermächtnis der christlichen Blutzügel, das Vermächtnis der geistlichen Erneuerung der protestantischen Kirche ist dort lebendig, wo Christen heute mit um die Erneuerung der Gesellschaft ringen. Bereits im Jahre 1948 hat der leider in diesem Jahr verstorbene Theologe Prof. Dr. Werner Schmauch gesagt: „Es geht um die Entscheidung zwischen Reaktion und Bekennender Kirche, und zwar nicht in der Theorie, sondern in der Praxis. Es geht um die Bereitschaft zu einem Kirchenkampf, der viel schwieriger und härter ist als der von 1933–1945. Deswegen viel schwieriger, weil der Gegner viel schwerer zu erkennen ist, und deswegen viel härter, weil er sich nicht nur zu richten hat gegen den Reaktionsär außerhalb der Kirche, gegen die Reaktion in der Kirche, sondern auch und zuerst gegen den Reaktionsär in uns selbst, den ewigen Gestrigen.“

Professor Schmauch gehörte zu den führenden Männern der Bekennenden Kirche in Schlesien. Er hat nach 1945 erkannt, daß die Entscheidungsfrage für die Kirche heute die Frage nach ihrer Verantwortung für den Frieden ist. So wurde er zu einem Mitbegründer der Christlichen Friedenskonferenz. Als Vizepräsident der CFK und Vorsitzender des DDR-Regionalausschusses fand er den Weg in die Gemeinsamkeit aller friedliebenden Kräfte in unserem Staat.

Das Beispiel von Werner Schmauch zeigt, daß im Grunde genommen das geistliche Erbe der Bekennenden Kirche dort lebendig bleiben konnte, wo die Erneuerung der Gesellschaft von Grund auf ein Anstoß zu einer geistlichen Neuorientierung der Christenheit wurde.

Umgekehrt macht etwa das Beispiel von Präses Scharf deutlich, wie von führenden Leuten der westdeutschen Kirchenleitung dieses Erbe verraten wurde. Professor Karl Barth, der ja der Vater der Barmer Erklärung ist, hat in einem Brief an die Wochenzeitung „Die Kirche“ aus Anlaß des Jahrestages der Barmer Erklärung jene tiefe Enttäuschung darüber ausgesprochen, daß die EKD nicht willens und fähig gewesen sei, „das damals ausgesprochene Wort in die Tat umzusetzen.“ Scharf trieb die Verfälschung von Barmen aus dem gleichen Anlaß auf die Spitze, als er in einem Gedenk-artikel in „Christ und Welt“ ausgerechnet den Militärseel-sorgevertrag gleichsam als geistliche Frucht des Kampfes der Bekennenden Kirche zu würdigen versuchte.

Während auf diese Weise – wie das Beispiel Scharf zeigt – in der restaurativen Gesellschaftsordnung Westdeutschlands auch die ehemaligen Männer des Kirchenkampfes verwirrt und in eine falsche geistliche Bindung an eine verhängnis-volle Machtpolitik geführt werden, gibt die gesellschaftliche Neugestaltung in der DDR auch denen eine Chance zu konstruktiver und verantwortlicher Mitarbeit, die während der Zeit des Faschismus auf der falschen Seite standen. Es ist charakteristisch für unsere neue Gemeinschaft, daß wir nicht mehr nach dem fragen, was der eine oder andere von uns in der Vergangenheit gedacht hat, sondern daß wir auf seine Bewährung in der Gegenwart blicken. Wir behaften keinen Menschen mit seinen Fehlern und Irrtümern in der Vergangen-heit, wenn er seinen Irrtum eingesehen hat. Wir wissen auch, daß eine richtige Entscheidung in der Vergangenheit nicht die Gewähr dafür bietet, auch heute das Richtige zu tun; weil in unserem Staat wirklich die Vergangenheit bewältigt wurde, deshalb sind für uns die Frontstellungen der Vergangenheit überwunden, deshalb sind wir dazu befreit, in der Gegenwart unsere Verantwortung für die Zukunft wahrzunehmen.

II.

Die Verantwortung, die wir als christliche Bürger in den vergangenen fünfzehn Jahren praktiziert haben, war eine politische Verantwortung, die ihre Wurzeln in unserem christlichen Glauben hat. Dabei haben wir mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen, daß sich in den letzten Jahren immer mehr in bestimmten Kreisen sowohl der ökumenischen Bewegung als auch des Katholizismus eine Übereinstimmung

in der Ansicht ergab, daß die Wahrnehmung echter politi-scher Verantwortung zu einem integrierenden Bestandteil rechten Christseins gehört.

Der rasche Fortschritt von Wissenschaft und Technik hat Menschen und Völker einander nähergebracht. Raum und Zeit können heute schneller überwunden werden als früher. Nicht zuletzt hat die Möglichkeit des Mißbrauchs dieser techni-schen Errungenschaften für die Zwecke des Krieges das Bewußtsein, in einer Schicksalsgemeinschaft zu leben, wach-sen lassen. Nikita Chruschtschow sagte auf dem Moskauer Weltkongreß für Frieden und Abrüstung im Juni 1962: „Un-abhängig davon, was die Menschen über die Lebensweise in Ländern eines anderen Gesellschaftssystems denken mögen, ist der Frieden angesichts der Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe allumfassend und unteilbar. Ihm gegenüber sind wir alle ein Menschengeschlecht.“

Alle Menschen und Völker sind heute in einem ungleich stärkeren Maße als je zuvor aufeinander angewiesen. Wir werden nur dann eine friedliche Zukunft gewinnen, wenn immer mehr Menschen von der Erkenntnis dieses Tatbestan-des her handeln; das aber heißt: wenn sie politisch verant-wortlich handeln.

Es dürfte darum auch kein Zufall gewesen sein, daß es in den ersten Jahren des Bestehens der Deutschen Demokrati-schen Republik noch nicht so sehr die führenden Theologen und Kirchenmänner, sondern zunächst vor allem Laien-christen und einzelne Pfarrer waren, die die Frage nach der Gestaltung der christlichen Existenz in der neuen sozialisti-schen Gesellschaftsordnung aufwarfen und darauf mit ihrer Arbeit eine eindeutige Antwort zu geben suchten. Diese Christen stellten sich bewußt in die neue staatliche Wirklich-keit hinein und waren aktiv an jenen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen beteiligt, denen weite kirchenleitende und theologische Kreise damals noch unsicher und abwartend gegenüberstanden.

Jene christlichen Bürger sahen sich bei der Praktizierung dieser politischen Mitverantwortung häufig vor Fragen ge-stellt, auf die eine dem Gestern verhaftete Verkündigung und Theologie die Antwort schuldig blieb. Ohne daß wir etwa die Absicht gehabt hätten, uns in theologische Fachdis-kussionen einzumischen oder gar in das Amt der Verkündi-gung einzugreifen, mußten wir doch in unserem praktischen Wirken häufig unerprobte Wege beschreiten und vielfach

eine Pionierarbeit leisten, über die erst in letzter Zeit nun auch das theologische Gespräch in Gang gekommen ist.

Daß die Frage nach der Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus am Problem der politischen Verantwortung aufgebrochen ist, scheint zwei Dinge deutlich zu machen; einmal kommt darin ein Versagen der Kirchenleitungen in der Vergangenheit ans Licht; zum anderen zeigt sich, daß gerade der Sozialismus nach einer bewußten Praktizierung der politischen Verantwortung jedes einzelnen verlangt.

Die moderne Theologie beklagt die zunehmende „Privatisierung des christlichen Glaubens“ seit dem 16. Jahrhundert. Besonders in Deutschland beschränkte sich das Christsein immer mehr auf die Sphäre der Innerlichkeit, es verlor seine gesellschaftliche Dimension. Dieser Prozeß, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen gewissen Höhepunkt erreichte, griff dem christlichen Glauben an die Substanz, weil Christsein eben gerade nicht etwas Privates und Innerliches bedeutet, sondern Für-andere-da-sein heißt. Auf dem Feld des Politischen aber findet heute dieses Für-andere-da-sein seinen prägnantesten Ausdruck. Es ist deshalb keineswegs verwunderlich, wenn in unserer Zeit gerade von der Politik, von der gesellschaftlichen Mitarbeit der Christen her Anstöße zur geistlichen Erneuerung ausgehen. In den kapitalistischen Staaten erweist sich die Bereitschaft vieler Christen, für Frieden, Verständigung und Fortschritt einzutreten, an ihrer Mitwirkung in der Friedensbewegung, an ihrer Beteiligung an Aktionen gegen den Atomkrieg, gegen Ausbeutung, Faschismus und Kolonialklaverei. Die sozialistische Gesellschaftsordnung fordert und fördert gesellschaftliche Verantwortung und Mitarbeit der Bürger in besonderem Maße; denn der Sozialismus schafft zum erstenmal in der Geschichte reale Demokratie, wirkliche Volksherrschaft, indem er alle Bürger in das verantwortliche Mitplanen, Mitgestalten und Mitregieren einbezieht. Die bürgerliche Demokratie versucht den Schein zu erwecken, als ob jeder Staatsbürger durch eine formale Wahl, die in großen Zeitabständen erfolgt, an der politischen Mitgestaltung beteiligt sei. In Wirklichkeit aber wird die Politik des bürgerlichen Staates von jenen Kräften bestimmt, die die ökonomische Macht besitzen – im Imperialismus also von der Hochfinanz, vom Rüstungskapital.

Im Sozialismus ist der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten aufgehoben. Es gibt in ihm nicht mehr die Zumutung, als Untertan zu leben. Obwohl das manchem gar nicht immer sehr bequem ist, wird jeder Staatsbürger auf seine Verantwortung hin angesprochen.

Der sozialistische Staat wird von der Gesamtheit seiner Bürger gebildet. Das Leben des Staates funktioniert um so besser, je bewußter und verantwortlicher der einzelne an ihm teilnimmt.

Weil der sozialistische Staat der Interessenvertreter der Gesamtheit seiner Bürger ist, bedarf er des politischen Interesses jedes Bürgers. Noch niemals hat es in Deutschland einen Staat gegeben, der – wie die DDR – jedem Bürger gleiche Entwicklungsmöglichkeit auf allen Gebieten des Lebens bietet. Es gibt in unserem Staat keine Privilegien. Das Ansehen, das der einzelne genießt, bestimmt sich nach dem Umfang seines Einsatzes für die Gesamtgesellschaft. Damit ist ein Grad der sozialen Gerechtigkeit erreicht wie bisher noch nie in der Geschichte unseres Volkes.

In den Thesen zum 15. Jahrestag unserer Republik wird mit Recht festgestellt: „Die Geschichte der DDR ist die Geschichte der Entwicklung und des Aufblühens wirklicher sozialistischer Demokratie. Mit der Festigung und Entwicklung der sozialökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft, in der alle unversöhnlichen Klassengegensätze aufgehoben sind, wächst die Demokratie, erweitern sich die Rechte und Freiheiten aller Bürger, vervollkommen sich die sozialistische Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit.“

Gerade dieses große Ausmaß an Mitverantwortung, das der sozialistische Staat seinen Bürgern gewährleistet und abfordert, eröffnet den Christen ein weites Betätigungsfeld. Denn Christsein bedeutet: in der Verantwortung für den Menschen leben. Christliche Existenz im Sozialismus ist also immer verbunden mit der bewußten Wahrnehmung politischer Verantwortung.

Die entschlossene Praktizierung politischer Verantwortung hat die christlichen Bürger in der DDR an die Seite all der Kräfte geführt, denen es gleichfalls um ein Deutschland des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ging. Auf diese Weise wuchs eine Solidarität und Gemeinsamkeit, die zu den größten politischen und moralischen Errungenschaften der fünfzehnjährigen Entwicklung unseres Staates gehört.

Sie ist etwas wirklich Neues in der deutschen Geschichte. Dabei ist auch zu bedenken, daß die verderbliche Ideologie des Antikommunismus, die nicht nur für die bestialischen Verbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verantwortlich ist, sondern noch immer die Herzen und Hirne vieler Menschen vor allem in Westdeutschland verdirbt und vernebelt, zu einem großen Teil gespeist wird aus der durch-

sichtigen Propagandathese, die Hauptfrontlinie unserer Zeit verlaufe zwischen Atheismus und Christentum. Mit dieser Parole versuchen die Auftraggeber und Nutznießer der anti-kommunistischen Hetze, die imperialistischen, militaristischen und klerikalen Ultras, die Aktionsgemeinschaft aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf um Frieden und Sozialismus zu stören und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in diesem großen Bündnis zu untergraben.

Vor diesem Hintergrund vermag man erst recht zu ermes-sen, welche historische Bedeutung der Tatsache zukommt, daß jene falsche Frontlinie in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten durchbrochen wurde zugunsten des Miteinander aller friedliebenden Menschen gegen die Kräfte des Krieges.

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, stellte in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer fest: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze.“ Wenige Wochen später, am 9. Februar 1961, erklärte der gleiche Staatsmann im Gespräch mit einer von dem Theologieprofessor D. Emil Fuchs geleiteten Gruppe von Theologen und kirchlichen Amtsträgern: „Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen. Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft be-gegnen.“

Daß solche Worte – wie Walter Ulbricht bei dieser Begeg-nung selbst sagte – „kein taktischer Schachzug“ sind, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß sie nur präziser und im Blick auf den konkreten gesellschaftlichen Hinter-ground der Deutschen Demokratischen Republik das zum Aus-druck bringen, was seit jeher die Meinung der besten Ver-treter der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Sache war.

Bereits am 19. November 1900 hatte sich August Bebel in einer Rede vor dem Reichstag gegen den Mißbrauch des Chri-stentums im Kolonialkrieg gegen China gewandt und an die solcher Verquickung von imperialistischer Politik und Chri-stentum widersprechenden Grundanliegen des christlichen Glaubens erinnert.

In ähnlicher Weise nahm Karl Liebknecht am 9. März 1911 vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus Stellung, als er den Vertretern der herrschenden Klassen zurief: „Für Sie ist die Kirche ein politisch-sozialer Machtfaktor, für Sie ist die Kirche ein materielles Werkzeug, für Sie ist die Kirche in vieler Beziehung eine milchende Kuh, und für Sie ist die Kirche vor allen Dingen ein Mittel zur Niederhaltung der großen Massen des Volkes... Meine Herren, lesen Sie... doch einmal wirklich wieder die Bibel und lernen Sie die Bibel – ich meine vor allem das Neue Testament – wirklich einmal verstehen!“

Und Ernst Thälmann forderte 1932: „Wir müssen den chri-stlichen Arbeitern sagen: Wir reichen euch die Hand im Kampf gegen den Kapitalismus und sagen euch: Christlicher Kamerad, schlag ein in unsere Hand zu diesem gemeinsamen Kampf.“

Diese Grundhaltung der Führer der deutschen Arbeiterbe-wegung, gekennzeichnet durch die Absage an den klerikalen Mißbrauch des christlichen Glaubens und das Angebot zur Gemeinsamkeit für eine Zukunft des Friedens und der sozia-len Gerechtigkeit, bestand ihre erste große Bewährungsprobe in der Zeit des Kampfes gegen die faschistische Barbarei. Davon zeugen sowohl die Beschlüsse der Parteikonferenzen der KPD in Brüssel (1935) und in Bern (1939) als auch die Stellungnahmen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, und davon zeugte die Gemeinsamkeit der Widerstandsarbeit von Marxisten und verantwortungsbewußten Christen gegen die Hitlerdiktatur. Diese Grundhaltung wurde zur verpflich-tenden Maxime der Staatspolitik in dem Teil Deutschlands, in dem nach 1945 die Arbeiter und Bauern die Macht in ihre Hände nahmen.

Dabei liegt auf der Hand, daß Erfolg und Durchschlags-kraft einer solchen Politik nicht unwesentlich mitbestimmt werden von der Art, wie Christen auf das Angebot zur Ge-meinsamkeit reagieren. Daß dieses Miteinander in einer historisch relativ kurzen Zeit zu einem festen Bestandteil der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes werden konnte, ist vor allem den Christen zu danken, die in der CDU und

in der Nationalen Front mit Tatkraft und Energie für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wirkten. Es ist, meine verehrten Freunde, Ihnen zu danken, die Sie als kirchliche Amtsträger und Theologen zu den Aktivisten der ersten Stunde gehörten.

Weil die Botschaft des Evangeliums die pharisäische Absonderung von der Welt verbietet, weil sie Christen in die Solidarität mit Nichtchristen in unserem Staat stellt – deshalb haben Hunderttausende christlicher Bürger die ihnen gebotene Chance zum Für-den-anderen-da-sein dankbar ergriffen und gerade darin ihren Glauben bewährt. Dadurch haben sie in der Praxis den Beweis dafür geliefert, daß das – recht verstandene und beherzigte – Christentum nicht mit der bürgerlichen Ideologie in einen Topf geworfen werden kann, sondern den Christen zu verantwortlichem Mittun bei der Errichtung des Sozialismus veranlaßt und bevollmächtigt.

III.

Was uns Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit Genugtuung erfüllt, ist die Tatsache, daß unser Staat in den 15 Jahren seines Bestehens eine konsequente Politik des Friedens und der Entspannung betrieben hat. Wir wissen, daß die Friedensfrage im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel zur Frage nach dem Sein oder Nichtsein der Menschheit geworden ist. Die Politik jeder Regierung in der Welt wird deshalb heute daran gemessen werden müssen, was sie zur Stabilisierung des Friedens, zur Abrüstung, zur Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung beigetragen hat. Zu Anfang dieses Jahres hat der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, dem westdeutschen Bundeskanzler Erhard vorge-schlagen, einen Vertrag über den Verzicht auf Lagerung, Stationierung und Herstellung von Atomwaffen zwischen den beiden deutschen Staaten abzuschließen. Im Zusammenhang mit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion stellte Walter Ulbricht der revanchistischen und entspannungsfeindlichen Hallstein-Doktrin die Deutsche Friedensdoktrin entgegen. Sie umfaßt folgende drei Punkte:

„Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa.

Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichert den Frieden in Deutschland und Europa und bahnt den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland.

Die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.“

Es ist die Regierung in Bonn, die nicht nur diese Friedens- und Verhandlungsvorschläge ausschlägt, sondern weiterhin die absurde, allen Realitäten hohnsprechende These von der staatlichen Nichtexistenz der DDR verkündet und dazu noch alle Anstrengungen unternimmt, um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen. Am 23. März 1964 rief der westdeutsche Bundeskanzler auf einer Kundgebung der sogenannten „Landsmannschaften“ aus: „Wir verzichten nicht und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind!“ Das heißt doch: Wir wollen die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu unseren Gunsten, zugunsten des deutschen Imperialismus und Militarismus revidieren.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß derselbe Herr Erhard sich faktisch auch mit ähnlichen Gebietsforderungen seines Ministers Seehofer solidarisiert hat – desselben Seehofer, der schon am 1. Mai 1958, um nur ein Beispiel zu nennen, die westdeutsche Bevölkerung und die friedliebende Weltöffentlichkeit mit der Frage provozierte: „Sehen wir denn nicht, wie aus dem Osten die Tollwut auf uns zukommt, selbst bei den Tieren? Wir sollten diese Zeichen erkennen, aber wir stecken den Kopf in den Sand und in den Freßnapf und sehen die Gefahr nicht.“ Als Mitglied der Adenauer-Partei spannt Herr Seehofer natürlich auch das Christentum vor seinen revanchistischen Karren, so etwa 1962 mit seiner ungläublichen Äußerung: „Nicht um des Besitzes willen wollen wir unsere alte Heimat wiederhaben, sondern um einen Auftrag zu erfüllen, den Gott Adam schon im Paradies gegeben hat.“ Natürlich wissen die Leute in Bonn sehr gut, daß ihre Revancheziele sich nicht verwirklichen lassen, wenn der Prozeß der internationalen Entspannung weitere Fortschritte macht. Der westdeutsche Staat ist ein Produkt des kalten Krieges, und nur in der Atmosphäre des

kalten Krieges und der Vorbereitung des heißen Krieges kann er auf die Dauer existieren. Deshalb stemmen sich die Politiker in Bonn gegen die Besserung des internationalen Klimas. Im September 1963 erklärte Seebohm in München: „Der laue Krieg ist ein gefährlicher Zeitabschnitt gerade für die Vertriebenen.“ Das sagte er wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Moskauer Teststoppabkommens, das er vorher wie folgt kommentiert hatte: „Chruschtschow ist ein Schauspieler, dem man nicht über den Weg trauen darf. Das Moskauer Atomstoppabkommen bringt die Vertriebenen ihrer Heimat keinen Zentimeter näher.“ Als sich dann weitere Vereinbarungen zwischen den Großmächten über strittige internationale Probleme anbahnten und bereits zustande gekommen waren, nämlich im April 1964, meinte der Bonner Sonderminister Heinrich Krone, die Alliierten warnen zu müssen, „den Fehler von 1945 zu wiederholen und wieder zu schnell nicht nur militärisch, sondern auch physisch und politisch und wirtschaftlich abzurüsten“ – so zu lesen in der offiziellen Bonner „Politisch-Sozialen Korrespondenz“. Und vor der Katholischen Akademie in München erklärte der CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg Anfang Juli dieses Jahres: „Die sogenannte Entspannung hat zur Schwächung und Desorientierung der atlantischen Allianz beigetragen... Die westliche Entspannungspolitik ist eine objektive Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik und die westliche Allianz.“ Wenn man diese Äußerungen im Zusammenhang sieht mit dem immer wieder erhobenen Ruf nach Atomwaffen, dann ermißt man das Ausmaß der Gefahr, die heute von Westdeutschland aus der Welt droht. Der eben erwähnte Baron von Guttenberg schrieb im September 1963 im „Rheinischen Merkur“: „Westdeutschland dürfen nicht jene Waffen vorenthalten werden, die in unserem Jahrhundert nun einmal kriegsentscheidend sind.“ Und der Bonner Minister Kai Uwe von Hassel erklärte kürzlich: „Ich teile die Auffassungen von Strauß, die Bundeswehr bis in die Divisionen mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Deswegen braucht die Bundeswehr auch nukleare Trägerwaffen mit großer Reichweite.“

Es hat in unserem Volk und besonders unter den Christen in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder Leute gegeben, die bereit waren, vor gefährlichen Entwicklungen die Augen zu verschließen, Warnungen in den Wind zu schlagen und sich bei dem Gedanken zu beruhigen, es wird doch nicht so schlimm werden. Als es dann – darüber nachzudenken bot uns der 1. September Anlaß – noch viel schlimmer kam,

als menschliche Phantasie ausmalen konnte, dann sagten diese Leute, wir haben das alles nicht gewußt, wir sind nicht verantwortlich.

Eine solche Ausflucht gibt es heute nicht mehr. Die Pläne der Machthaber des westdeutschen Staates liegen offen zutage. Auf uns allen liegt die Verantwortung, sie vereiteln zu helfen.

Die Pläne einer multilateralen Atomstreitmacht, die den westdeutschen Militaristen Atomwaffen in die Hände geben, stellen im Augenblick die Hauptgefahr für den Frieden in Europa dar. Das haben nicht nur unsere Regierung und die Sowjetregierung in ihren letzten Memoranden klar herausgestellt. Das ist auch auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag deutlich ausgesprochen worden. In der auf dieser Versammlung von 1000 Vertretern der Weltchristenheit angenommenen „Botschaft an alle Kirchen und Christen“ heißt es ausdrücklich: „Die Vorschläge für die Errichtung einer multilateralen Atomstreitmacht erwecken unsere tiefe Besorgnis.“ Es ist nicht uninteressant zu wissen, daß über diesen Satz im Plenum der Konferenz gesondert abgestimmt wurde. Das Ergebnis war nur 12 Stimmen dagegen und 29 Stimmenthaltungen. Das ist ein überwältigendes Votum gegen die Pläne, die besonders in Bonn Unterstützung finden. Ein holländischer Theologe wandte sich in der Diskussion besonders leidenschaftlich gegen eine multilaterale Atomstreitmacht. Er sagte, man habe vor Jahren schon einmal erzählt, daß die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO der Kontrolle des westdeutschen militärischen Potentials diene. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Entwicklung genau umgekehrt verlaufen sei. Heute kontrolliere und bestimme Westdeutschland die NATO. Ähnlich würde es mit der MLF werden. Darum müsse gerade von Christen alles unternommen werden, um dies zu verhindern.

Die gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, für die Verhinderung der westdeutschen Atomkriegspläne führte vor einem Monat den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und den thüringischen Landesbischof D. Moritz Mitzenheim auf der Wartburg zu einem höchst bedeutungsvollen Gespräch zusammen. Walter Ulbricht stellte in diesem Gespräch fest: „Die Regierung unserer Republik ist für allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland. Wenn wir eine Nationale Volksarmee haben, so nur deshalb, weil in Westdeutschland Revanchepolitiker sind, die das Verfügungsrecht über Atomwaffen erstreben. Aber das Beste wäre doch, wenn sich beide deutsche Staaten über

die schrittweise Abrüstung bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung verständigen würden. Das deutsche Volk kann durch Aufrüstung nichts gewinnen. Es hat noch niemals durch Aufrüstung etwas gewonnen. Wir können nur durch friedliche Arbeit, durch ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau und durch eine humanistische Politik gewinnen. Das ist der einzig gangbare Weg für das deutsche Volk, einen anderen Weg gibt es nicht.“ Er bezog sich dabei auf die Kanzelabkündigung, die der Bischof am Sonntag, dem 16. August, in allen Gemeinden seiner Landeskirche hatte verlesen lassen. Im Blick auf die „Jubiläen ohne Jubel“ – so lautete das Thema einer Tagung der Evangelischen Akademie zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des ersten und 25. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges – ließ der Kirchenmann den Gottesdienstbesuchern sagen: „Insbesondere wir Deutschen, die wir schwer an der Blutschuld des letzten Vernichtungskrieges zu tragen haben, sind gerufen, für den Frieden durch Vertrauen und Verträge, für den atomwaffenfreien Raum in Mitteleuropa einzutreten. Wir wollen keine Verfügungsgewalt oder Mitverfügung über die unmenschlichen Massenvernichtungsmittel.“

Die Initiative des thüringischen Landesbischofs fand auch in anderen Landeskirchen unserer Republik ein positives Echo. In der Tat: Wie könnten wir als Deutsche die Erinnerung an die durch Deutschland verschuldeten Leiden anders begehen als in der erneuten Verpflichtung, noch mehr als bisher zu tun, um eine Zuspitzung der Lage durch die Ultras in Bonn zu verhindern.

Wir möchten von hier aus besonders an unsere christlichen Brüder und Schwestern in der Bundesrepublik den Ruf richten, ihre Verantwortung zu erkennen und für die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Verständigung in ihrem Staat einzutreten. Wir wissen, daß ein solches Eintreten in ihrem Staat nicht leicht ist – nicht nur weil die westdeutsche Polizei Friedenskämpfer verfolgt, sondern auch weil die Kirchen sich in den vergangenen Jahren in eine Abhängigkeit gegenüber diesem Staat begeben haben, die sie immer mehr der Freiheit beraubt, ihren Dienst am Menschen in einem umfassenden Sinn wahrzunehmen, und die darüber hinaus dem Mißbrauch des christlichen Glaubens Tür und Tor öffnet.

Lassen Sie mich hier nur auf ein Beispiel solchen Mißbrauches verweisen, der seinen eigentlichen Grund in der durch den Militärseelsorgevertrag besiegelten politischen Bindung der westdeutschen Kirchen an die derzeitige Bonner

Politik hat. In einer Ansprache bei der Vereidigung von Bundeswehrrekruten hatte am 19. März 1964 in Blieskastel an der Saar ein Oberstleutnant Leggewie vom Panzerartillerie-Aufklärungsbataillon Idar-Oberstein gesagt: „Es waren immer wieder gerade unsere Vorfahren, die dem Eroberungssturm aus dem Osten, der vor Jahrhunderten von Hunnen, Ungarn oder Türken vorgetragen wurde, mutig entgegen traten und damit die Völker Europas vor Knechtschaft und Untergang bewahrten; dies war und ist auch heute unsere Aufgabe in Europa. An der Seite unserer Verbündeten, der freien Völker der Welt, stehen wir mit Gewehr bei Fuß bereit, diesen heiligen Krieg, der nur der Verteidigung unserer Freiheit und der Erhaltung unserer abendländischen Kultur dienen kann, auf uns zu nehmen, wenn man uns dazu zwingen sollte... Wir wollen nicht, daß die da drüben, wie in unseren Ostgebieten und vielen anderen Ländern geschehen, ihre schmutzigen Pfoten ungestraft weiter nach Westen ausstrecken können... Die da drüben sollen aber auch wissen, daß wir jederzeit bereit sind, diesen heiligen Eid zu erfüllen, unsere ganze Kraft und unser Leben dafür einzusetzen... Sie sollen nun heute, unter Anrufung des Allerhöchsten, wie schon Millionen junger Deutscher vor Ihnen zu allen Zeiten es getan haben, durch Ihren Eid und Ihr Gelöbnis bekräftigen, wozu Sie als deutsche Männer und Staatsbürger verpflichtet sind und innerlich sicher schon immer bereit waren, für Ihr Volk und Ihr Vaterland jederzeit tapfer und treu zu stehen, zu kämpfen und, wenn es sein muß, zu sterben.“

Daß diese Propagierung des heiligen Krieges gegen den Kommunismus kein Einzelfall ist, beweisen die Anweisungen für den sogenannten „lebenskundlichen Unterricht“ in der Bundeswehr.

In einem kürzlich in der „Stimme der Gemeinde“ veröffentlichten Artikel weist der ehemalige Bundesinnenminister und EKD-Synodalpräsident Gustav Heinemann nach, daß solcher Mißbrauch offensichtlich zum Wesen des westdeutschen Staates gehört. Er schrieb: „Die Bundesrepublik ist durch die CDU/CSU geprägt. Aus der Überwindung des nationalsozialistischen Ungeistes, die einmal für den Aufbruch der CDU/CSU wesentlich war, ist ein ideologischer Mißbrauch des Christentums geworden, der den West-Ost-Gegensatz in einen Gegensatz von Christentum und Marxismus umformt... Geradezu mundtot sind evangelische Kirchenleitungen gegenüber einem ideologischen Mißbrauch des Christentums, wenn er aus Antikommunismus geschieht.“ In diesem Sinne zitierte Heinemann dann noch einmal jenes berühmte Wort Ade-

nauers bei seinem Besuch im Vatikan 1960: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken.“

Angesichts dieses Tatbestandes können wir als christliche Bürger in der DDR nur unsere große Dankbarkeit darüber bezeugen, daß wir in unserem Staat nicht nur frei von solcher Versuchung zum Mißbrauch unseres Glaubens sind, sondern auch frei zu verantwortlichem Reden und Tun für den Frieden. Wenn wir von daher optimistisch in die Zukunft schauen, dann können wir dies auch deshalb, weil wir uns mit unserer Haltung weitgehend in Übereinstimmung gegenüber den führenden Kräften der Weltchristenheit befinden.

Das Wartburg-Gespräch hat darüber hinaus erneut deutlich gemacht, daß unsere konsequente Politik des Friedens gleichzeitig eine Politik der Menschlichkeit, der Sorge um den einzelnen Menschen ist. Im Ergebnis des Wartburg-Gesprächs konnte der thüringische Landesbischof der Öffentlichkeit Kenntnis geben von einem an ihn gerichteten Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. In diesem Brief schreibt Walter Ulbricht: „Bei unserer Zusammenkunft auf der Wartburg kam das Gespräch auf die Möglichkeit der Besuche von Personen im Rentenalter bei ihren Verwandten in der westdeutschen Bundesrepublik und im besonderen Gebiet Westberlin und umgekehrt auf die Möglichkeit der Besuche westdeutscher Bürger in der DDR. Ich hatte Ihnen bereits zugesagt, daß Ihre Anregungen von unserer Seite sofort geprüft werden.“

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich mit der Sache beschäftigt und dem Minister des Innern die Weisung gegeben, den Besuch von Bürgern der DDR im Rentenalter bei ihren Verwandten in Westdeutschland zu ermöglichen.

Eine ähnliche Regelung wird für Bürger der DDR im Rentenalter zum Besuch ihrer Verwandten in Westberlin getroffen.“

Diese Entscheidung ist von allen Bürgern der DDR und Westdeutschlands auf das wärmste begrüßt worden. Wir schließen uns den Worten von Landesbischof D. Mitzenheim an, der erklärte: „Ich begrüße diese bevorstehenden Maßnahmen dankbar. Die Politik der Menschlichkeit vollzieht sich in vielen Einzelentscheidungen. Diese Entscheidung erfüllt viele dringliche Wünsche unserer alten Bürger. Darüber

hinaus hat sie beispielhafte Bedeutung. Sie ist ein neuer Beweis dafür, daß der Vorsitzende des Staatsrates und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Anstrengungen darauf richten, die Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten zu normalisieren. Mit dieser Entscheidung ist eine großzügige Vorleistung des Vertrauens und des guten Willens von unserer Regierung gegeben.“

Hin und wieder sagen uns Theologen, daß der Menschlichkeit ein Vorrang gegenüber der Politik gebühre. Dieser Gegensatz erscheint uns konstruiert und falsch. In der Mitte des 20. Jahrhunderts kann die Menschlichkeit nur gesichert werden dadurch, daß alle Staatsbürger ihre politische Verantwortung wahrnehmen und für eine Politik des Friedens eintreten. Es geht darum, die Politik der Menschlichkeit, wie sie die Regierung der DDR betreibt, gegen eine Politik der Kriegsvorbereitung und der Entspannungseindlichkeit durchzusetzen, wie sie in Bonn gemacht wird.

Sowohl im katholischen Raum wie in der ökonomischen Gemeinschaft der nichtkatholischen Kirchen bemerken wir seit geraumer Zeit mit Aufmerksamkeit und innerer Genugtuung die Tendenz, die Kirchen aus alten Frontstellungen herauszulösen, dem Antikommunismus abzusagen, einen wirksamen Beitrag zum Frieden der Menschheit und zur friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen zu leisten und die Glieder der Kirchen zu echtem Dienst an ihrer gesellschaftlichen Umwelt zu befreien. Auch dadurch geraten die sich christlich gebenden Bonner Politiker und jene kirchlichen Kreise, die sich in die Abhängigkeit von diesen Leuten begeben haben, mehr und mehr in die internationale Isolierung. Wenn Johannes XXIII. und Paul VI. in ihren Enzykliken die Katholiken in allen Länder aufrufen, für das Wohl der Gemeinschaft einzutreten, in der sie stehen, wenn sie zum Frieden der Welt mahnen und zum vertrauensvollen Gespräch mit Kreisen anderer Konfessionszugehörigkeit, vor allem aber mit Nichtchristen, mit Atheisten aufrufen, dann ist das ein verpflichtender Auftrag für alle Katholiken, der dem Wesen und der Zielrichtung der Bonner Politik stracks zuwiderläuft, dem Inhalt der Politik unseres Staates aber vollauf entspricht. Wenn der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen im Februar dieses Jahres von seiner Tagung in Odessa aus konkrete Empfehlungen für die weitere Entspannung der internationalen Lage formulierte, so stimmen diese Gedanken und Forderungen vollauf mit den Friedens- und

Abrüstungsvorschlägen der sozialistischen Länder und auch mit den stets aufs neue wiederholten Initiativen unserer Regierung zur Annäherung und Verständigung der deutschen Staaten, zur Normalisierung und Versachlichung ihrer Beziehungen auf dem Wege der Abrüstung und der Friedenssicherung überein – nicht aber mit der Bonner Politik des verschärften kalten und des vorbereiteten heißen Krieges. Ein Gleiches läßt sich sagen von der Tagung des Reformierten Weltbundes in Frankfurt/Main. Wenn auf der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag sich namhafte Vertreter der Christenheit aus aller Welt über die Grundfragen des christlichen Friedensdienstes an der Menschheit hier und heute einig wurden und die Christen in allen Ländern, aber auch die Parlamente und Regierungen in allen Staaten aufriefen, alles zu tun, was dem Frieden zum Nutzen gereicht, so ist uns das eine Bestätigung dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind, und eine Ermutigung in dem festen Vorsatz, diesen Weg gemeinsam mit allen Menschen guten Willens unbeirrt fortzusetzen.

Einer der bisherigen Vizepräsidenten der CFK, der holländische Theologe Professor Dr. A. Rasker, hat auf die Weltumfrage des „Neuen Deutschland“ zum 15. Jahrestag der DDR mit folgenden Worten geantwortet: „Für mich ist die DDR ein Friedensfaktor in der Welt. Sie ist schließlich der erste deutsche Staat, der keinen Drang nach Osten hat und der überhaupt keine territorialen Forderungen stellt. Die DDR und ihre führenden Politiker zeigen sich immer wieder verständigungsbereit, ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, bei der man statt einer versöhnungsbereiten Haltung gegenüber den ehemaligen Feinden des Hitlerstaates immer wieder Ablehnung und Rechtfertigung begangener Verbrechen findet. Ich denke an Seeböhm und Trettner – da läuft's einem kalt über den Rücken.“

Ich bin fest davon überzeugt, daß es die DDR mit ihren Friedensvorschlägen ernst meint. Herrn Ulbrichts Vorschläge geben den anderen Völkern die Gewißheit, daß die DDR ein Staat ist, der mit allen in Frieden und Freundschaft leben will – und auch etwas dafür tut.“

Wir können also glücklich darüber sein, daß wir uns in unseren Entscheidungen und in unserem Handeln in Übereinstimmung mit den heute in der ganzen Weltchristenheit vorherrschenden Kräften und Tendenzen wissen dürfen. Im gleichen Maße aber sind wir uns dessen bewußt, daß wir mit unserer Arbeit für eine dauerhafte Friedensordnung und für eine sozial erneuerte Gesellschaft auch den besten christlichen

Überlieferungen der Vergangenheit die Treue halten. Was die edelsten christlichen Geister früherer Jahrhunderte ersehnt und erträumt haben, was die christlichen Pioniere einer befriedeten Welt und einer gerechten Gesellschaft für ihre Mitmenschen in früheren Zeiten erstrebten und erkämpften, aber angesichts der realen Gegebenheiten einer in feindliche Klassen und Staaten zerrissenen Menschheit nicht umfassend in die Tat umsetzen konnten, wird in unseren Tagen Wirklichkeit – dank der siegreichen Kraft der Arbeiterklasse, dank der Existenz und der Friedenspolitik des starken sozialistischen Lagers, dank unserer eigenen Arbeit, weil wir mit-schaffen dürfen am Aufbau des Sozialismus, der unserem Volke wie allen Völkern Frieden und Glück, Menschlichkeit und Gerechtigkeit verbürgt.

Indem wir in diesem Kampf für das neue Deutschland und für den Frieden im Herzen Europas an unserem Platz als Christen unseren Mann stehen, verwirklichen und vollenden wir das Vermächtnis, das die Großen der Vergangenheit uns hinterlassen haben. In diesem Sinne fühlen wir uns vor allem dem unverlierbaren Erbe verpflichtet, das die christlichen Kämpfer des Widerstandes gegen den Faschismus hinterlassen haben. Ich denke hier etwa an die Worte des Jesuitenpaters Alfred Delp, des katholischen Blutzengen: „Solange der Mensch menschenunwürdig und unmenschlich leben muß, so lange wird der Durchschnitt den Verhältnissen erliegen und weder beten noch denken. Es braucht die gründliche Änderung der Zustände des Lebens.“ Damit ist uns ein Auftrag erteilt, den wir in unseren Tagen erfüllen können. In welchem Geiste wir das zu tun haben, sagt uns Dietrich Bonhoeffer, der evangelische Denker und Theologe, der ebenfalls sein Leben zum Opfer gebracht hat:

„Nicht das Beliebigste, sondern das Rechte tun und wagen, nicht im Möglichen schweben, das Wirkliche tapfer ergreifen, nicht in der Flucht der Gedanken, allein in der Tat ist die Freiheit.“

Tritt aus ängstlichem Zögern heraus in den Sturm des Geschehens,

nur von Gottes Gebot und deinem Glauben getragen, und die Freiheit wird deinen Geist jauchzend empfangen.“

Im Hinblick auf den 15. Jahrestag der Gründung unserer Republik gedenken wir auch der tapferen Männer und Frauen, die in christlicher Verantwortung ihr Leben im Kampf gegen den Hitlerfaschismus eingesetzt und die dabei

erkannt haben, daß es für diesen Kampf des Zusammenwirkens der patriotischen Kräfte aus dem Bürgertum mit den bewährten Kämpfern der deutschen Arbeiterbewegung bedurfte. Ihr Vermächtnis fand in der Deutschen Demokratischen Republik seine Erfüllung. Während in Westdeutschland die dort herrschenden Kreise das Erbe dieser Männer und Frauen, die dem Faschismus die Stirn geboten hatten, seit Jahren verraten und verhöhnen, wird in unserer Deutschen Demokratischen Republik das Andenken an alle jene Persönlichkeiten, die in der Vergangenheit das Wohl unseres Volkes erstrebten und für den Frieden zwischen den Völkern gearbeitet haben — ganz gleich, ob sie die Wurzeln ihrer Kraft im Christentum, im Marxismus oder in einer anderen humanistischen Weltauffassung gefunden hatten — in Ehren gehalten und mit der Tat besiegelt. Wir ehren das Andenken an diese Persönlichkeiten am besten, indem wir ihre Anliegen in gemeinsamem Schaffen aller humanistischen Kräfte schöpferisch weiterentwickeln und unter unseren neuen Bedingungen zu gesellschaftlicher Wirklichkeit werden lassen.

Wir haben unseren Blick fest auf die Zukunft gerichtet. Diese Orientierung gibt uns Kraft, frei zu werden von allen gegenwärtigen Schwierigkeiten und Sorgen, die naturgemäß mit dem Aufbau einer völlig neuen Welt verbunden sind. In dieser Zukunftsgewißheit, die auf unserer Überzeugung von der geschichtlichen Notwendigkeit des Friedens und von der geschichtlichen Gerechtigkeit des Sozialismus beruht, werden wir durch die ständig deutlicher sichtbar werdenden Erfolge unserer eigenen Arbeit, durch die unaufhaltsam wachsende innere Festigkeit unserer Republik, durch ihr stetig zunehmendes internationales Gewicht bestärkt. Diese unbestreitbaren Zukunftspotenzen unserer Republik und der nationalen Sache, die von ihr verfochten wird, hat der Freundschaftsvertrag zwischen unserer Republik und der Sowjetunion in einer Weise gemehrt, die heute noch kaum abzusehen ist. Mit diesem Freundschaftsvertrag, der das schönste Ergebnis der triumphalen Reise unseres Staatsratsvorsitzenden und seiner Begleitung durch das große Freundesland gewesen ist, hat unser deutscher Friedensstaat sich auf immer der stärksten Friedensmacht der Welt verbündet, hat er sich mit der Zukunft der ganzen Menschheit alliiert. Die ökonomische und die politische Kraft unserer Republik, ihre friedenssichernde Macht in Deutschland, ihre nationale Rolle haben mit diesem Vertrag einen außerordentlich starken Zuwachs erhalten. Um so klarer tritt in diesem Lichte die Ausweglosigkeit und Aussichtslosigkeit der Bonner Politik hervor. Nicht wirkungs-

voller hätte vor dem 15. Jahrestag unserer Republik die friedens- und zukunftsbestimmende Mission unseres deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates sichtbar gemacht werden können als durch den Abschluß dieses Vertrages.

Für uns alle ist der 15. Gründungstag unserer Deutschen Demokratischen Republik ein Feiertag, ein Tag der Freude über die Leistungen, die wir uns gemeinsam erarbeitet, über die Fortschritte, die wir gemeinsam errungen haben. Für uns alle ist er ein Tag der Verpflichtung, unsere Kräfte zu verdoppeln, um jene Mächte zu überwinden, die in Westdeutschland dem Streben unseres Volkes nach Frieden, Demokratie und nationaler Einheit noch immer im Wege stehen, und unserer ganzen Nation auf den Bahnen des gesellschaftlichen Fortschritts den Weg in eine glückliche Zukunft zu bereiten.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen

- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925-1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)

Verkaufspreis 0,50 MDN – Doppelheft 1 MDN